

Bericht aus der Wintersession 2010

Die Wintersession 2010 wurde ihrem Namen gerecht. Gleich in der ersten Woche wurde die Stadt Bern in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember vom Neuschnee verzaubert.

Erste Woche: Ratspräsidium, mehr Einlegerschutz, weniger Zivildienst?

Am Montag der ersten Sessionswoche ging das Präsidialjahr meiner Aargauer Nationalratskollegin Pascale Bruderer zu Ende. Pascale hat in diesem Präsidialjahr eine starke Leistung gezeigt. Sie blieb souverän, behielt den Überblick und hat dem grossen Erwartungsdruck standgehalten. Wo es Abtretende gibt, gibt es auch Nachfolgende. Etwas speziell für die nächsten drei Jahre wird sein, dass der Rat jeweils von jemandem aus dem Bauernstand geführt wird. **Zur Nachfolge von Pascale Bruderer (SP) wurde der Weinbauer Jean-René Germanier (FDP) gewählt.** Zum neuen ersten Vizepräsidenten wählte der Rat den Präsident des Bauernverbands Hansjörg Walter (SVP), zur neuen zweiten Vizepräsidentin die Biobäuerin Maya Graf (Grüne). Die Landwirtschaft hat übrigens mit über 30 VertreterInnen aus dem Bauernstand die grösste Lobby in Bundesbern.

Besserer Einlegerschutz als Folge der Finanzkrise: Mit 73 zu 0 Stimmen genehmigte der National- wie zuvor der Ständerat- die Verlängerung des im Dringlichkeitsrecht beschlossenen -von 30'000 auf 100'000 Franken erhöhten- **Einlegerschutzes für Bankkunden.** Demnach gelten die Bestimmungen bis 2012. Der Bundesrat beabsichtigt, diesen verbesserten Einlegerschutz ins Dauerrecht zu überführen.

Einmal mehr kam der zivile Ersatzdienst (anstelle von Militärdienst) unter Druck. Auch Männer ohne echten Gewissenskonflikt würden immer öfter Zivildienst statt Militärdienst leisten, ist zusammengefasst die Meinung einer Mitte-Rechts Mehrheit im Bundeshaus. Der Nationalrat stimmte einer entsprechenden parlamentarischen Initiative zur Erhöhung der Hürden für Zivildienstwillige der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) zu. Diese hatte in ihrer Mehrheit damit argumentiert, dass seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 die Zahl der Gesuche für den Zivildienst stark gestiegen sei und daher den Personalbestand der Armee gefährdet würde. Dies steht allerdings arg im Widerspruch zur aktuellen Diskussion über die Übergrösse der Armee im Verhältnis zur realen militärischen Bedrohungslage und den finanziellen Rahmenbedingungen. Der Bundesrat hat mit einem Bundesbeschluss vom 10. Dezember dem Druck jedoch bereits nachgegeben. **Um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren, wird nun die Bürokratie wieder aufgebläht.** Mit einem sogenannten "Gespräch Zivildienstgesuche (GZG)" sollen die Gründe für das Zivildienstgesuch zusätzlich ermittelt werden. Eine als „strukturiertes Interview“ getarnte Wiedereinführung der Gewissensprüfung durch die Hintertüre ist allerdings fragwürdig. Denn der zivile Ersatzdienst ist verfassungsmässig gleichwertig wie der Militärdienst und wurde in einer Volksabstimmung genehmigt. Seit dem 1. April 2009 gilt im Zulassungsverfahren des Zivildienstes die „Tatbeweislösung“: Wer Zivildienst leisten will, muss demnach keine Gewissensprüfung mehr bestehen. Es genügt eine Erklärung, aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten zu wollen und dafür als Tatbeweis anderthalbmal so lange Zivildienst zu leisten, wie der Militärdienst gehen würde.

Zweite Woche: Kein Hundegesetz, tiefere IV-Renten und tieferer CO2-Ausstoss

Statt über den eigenen Schatten zu springen und einer Kompromissvorlage für ein landesweit gültiges **Hundegesetz** zuzustimmen, hat es der Nationalrat im Stimmenverhältnis von 95 zu 81 vorgezogen, das lange debattierte nationale Hundegesetz zu versenken. Nach fünf Jahren Gesetzgeberischer Arbeit auf nationaler Ebene kommt es damit zu einer Nullnummer im Ergebnis. Eine verpasste Chance und ein Leerlauf besonderer Güte, wie ich finde. Zurück bleibt ein Flickenteppich unterschiedlichster kantonaler Gesetzgebungen. Für mich ist klar: Wenn schon ein neues Hundegesetz, dann ein einheitliches für die ganze Schweiz. Denn Hundehaltung hat nun wirklich nichts mit Föderalismus zu tun.

Der Nationalrat ist überraschend einer parlamentarischen Initiative der SVP für die **Kürzung von IV-Renten** mit 83 zu 81 Stimmen ganz knapp gefolgt. IV-Renten, die ins Ausland ausbezahlt werden, sollen künftig der Kaufkraft des Ziellandes angepasst werden. Erst kürzlich wurde dies noch abgelehnt.

Der Nationalrat will den **CO2-Ausstoss von Neuwagen senken**. Er hat Änderungen des CO2-Gesetzes zugestimmt, die als indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative der Jungen Grünen dienen sollen. Die Offroader-Initiative selber wurde vom Rat in der Herbstsession 2010 bereits abgelehnt, da man ein Verbot eines einzelnen Fahrzeugtyps als nicht sinnvoll ansah. Bis 2015 sollen nun aber neu zugelassene Autos durchschnittlich nur noch 130 Gramm CO2 pro Kilometer ausstossen dürfen (bisher 170g CO2/km). In der Diskussion wurde argumentiert, der grössere Teil des Fahrzeugparkes in der Schweiz würde sich ca. alle 10 Jahre erneuern. Mit den verschärften Abgasvorschriften sei man den umweltpolitischen Anliegen der Offroader-Initiative entgegengekommen.

Dritte Woche: Budgetgewinn für Bauern, Rüstungsprogramm, Streit um IV

Basierend auf der vom Bundesrat dargelegten Grundlage fand über die ganze Session verteilt in beiden Räten eine umfangreiche Debatte zum **Bundesbudget 2011** statt: Bei ordentlichen Ausgaben von 63 Milliarden Franken und Einnahmen von 62,4 Milliarden plante der Bundesrat ein Defizit von 594 Millionen Franken. Gleich zu Beginn der Diskussion im Nationalrat stand ein Rückweisungsantrag aus den Reihen der SVP im Raum, der aber mit 114 zu 44 Stimmen sehr deutlich abgelehnt wurde. In den folgenden Beratungen drückte dann der Nationalrat gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats das Defizit auf Kosten der Entwicklungshilfe um 81 Millionen auf 512 Millionen Franken. Dagegen wehrte sich der Ständerat erfolgreich. Unter dem Strich steigt die Eidgenossenschaft nach den Beratungen nun mit einem budgetierten Defizit von 646 Millionen Franken ins nächste Jahr. Das sind 52 Millionen Franken mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen. Dieses Geld geht hauptsächlich auf das Konto der **Milchbauern**, die nun 45 Millionen mehr erhalten, als vom Bundesrat vorgesehen war.

Auch das **Rüstungsprogramm 2010** gab einiges zu diskutieren. Es ist ein eigentliches „Mobilitätsprogramm“. Der Nationalrat wollte ursprünglich 593 Millionen sprechen, der Ständerat 529 Millionen. Beide Räte wollten damit nicht alle Wünsche von Verteidigungsminister Ueli Maurer erfüllen. Dieser hatte ein Rüstungsprogramm im Umfang von 651 Millionen Franken beantragt. Umstritten waren der Kauf von 1000 Personenwagen für 34 Millionen, von Helikopterausrüstung für 24 Millionen und vor allem die Finanzierung von 122 Millionen Franken für 70 gepanzerte Mannschaftstransporter. Die Mehrheit im Ständerat, die Finanzkommission, der Schreibende und die Minderheit im Nationalrat plädierten dafür, dass die 122 Millionen für die 70 geschützten Mannschaftstransporter -die der Bundesrat in einer späteren Zusatzbotschaft zum Rüstungsprogramm nachgeschoben hatte-, innerhalb der Beschaffungen des ordentlichen Rüstungsprogramms zu kompensieren seien. Ueli Maurer wollte jedoch den 5er und's Weggli. Am Schluss setzte er sich weitgehend durch: Zwar wurde auf die Beschaffung der 1000 Personenwagen über das Armeebudget verzichtet, doch die geschützten Mannschaftstransporter können ohne Kompensation beschafft werden. Das Rüstungsprogramm hat nun einen Umfang von 617 Millionen Franken. Es beinhaltet unter anderem den Kauf von 910 neuen Lastwagen, 150 Anhängern, 250 Lieferwagen und 70 gepanzerten Mannschaftstransportern.

Bis 2018 sollen 16'800 IV-Rentnerinnen und IV-Rentner wieder zurück in den Arbeitsmarkt finden. Das ist die Idee des ersten Teils der 6. IV-Revision. Die sehr umstrittene Kernfrage der Revision bleibt, wie dies gelingen soll. Dazu gehört auch die Frage, ob freiwillige Appelle an die Unternehmen genügen oder ob diese ab einer gewissen Grösse verpflichtet werden müssen, Arbeitsplätze für Leistungsbehinderte zu schaffen. Der Nationalrat hat den ersten Teil der 6. IV-Revision durchberaten und mit 115 (SVP/BDP/FDP und Mehrheit CVP) gegen 63 Stimmen (SP/Grüne) verabschiedet.

Selbst eine bescheidene Quote für Behindertenarbeitsplätze lehnte er ab. Dies, obwohl die vorbereitende Kommission gefordert hatte, Unternehmen mit mehr als 250 Arbeitsplätzen müssten mindestens 1 Prozent ihrer Arbeitsstellen für Behinderte reservieren (befristet auf 10 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes). Stattdessen verschärfte der Rat den Zugang zu IV-Renten bei psychischen Krankheitsbildern und hiess gut, dass bereits bestehende Renten von Personen mit einem Schleudertrauma oder anderen organisch nicht erklärbaren Krankheitsbildern überprüft werden sollen.

Mein vorläufiges Fazit zur IV-Diskussion: Leistungsbehinderte werden einmal mehr unter Generalverdacht gestellt und statt unsere Wirtschaft (inkl. Bund und Kantone) dazu zu verpflichten, den Lippenbekenntnissen zur Integration Taten folgen zu lassen, wird der Druck auf die IV-BezügerInnen erhöht. Woher sollen dann so die 16`800 Arbeitsplätze kommen? Entweder schaffen Wirtschaft und Politik nun endlich Rahmenbedingungen für genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Integration von Behinderten, oder sie stellen die nötigen Mittel zur Verfügung, damit die Betroffenen eine IV-Rente beziehen können.

Mit den **Schlussabstimmungen** zu zahlreichen Vorstössen und Vorlagen wurde am Freitag die dreiwöchige Wintersession abgeschlossen. Abgestimmt wurde dabei auch über die Frage, ob Bundesratsrücktritte im Lauf der Legislatur künftig untersagt sein sollen. Der Nationalrat lehnte aber mit 149 zu 30 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine entsprechende Motion der Grünen ab. Dass die Regierungsmitglieder den Zeitpunkt des Rücktritts selber wählen können, sei gewollt, sagte SP Justizministerin Simonetta Sommaruga. Zusätzlichen Regulierungsbedarf gebe es nicht. Die Motion ist nach dem Nein des Nationalrats vom Tisch.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Dezember 2010